

Inhalt

- | | |
|-------|--|
| 1-4 | Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Erwartungen und Forderungen an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag |
| 6-10 | Forum <ul style="list-style-type: none"> • Ludwigsburg wird „digital“ – eine Stadt auf dem Weg zur Smart City
Von Werner Spec • Kleine Partner – große Wirkung: Kommunale Partnerschaften mit Griechenland und der Ukraine
Von Hans-Joachim Fuchtel |
| 12 | Aus den Städten |
| 14-15 | Fachinformationen |
| 17-18 | Personalien |
| 20 | Termine |

Forderungen des Deutschen Städtetages an eine neue Bundesregierung

Eine neue Bundesregierung muss nach Auffassung des Deutschen Städtetages die Kommunen weiter stärken. Die Städte stehen als Partner bereit, um die Zukunftsfähigkeit des Landes und den sozialen Zusammenhalt zu sichern, sie wollen dazu ihren Beitrag leisten. Die Demokratie hat ihre Wurzeln vor Ort, die Kommunen tragen mit ihren Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zur Akzeptanz unseres Gemeinwesens und unserer demokratischen Strukturen bei. Deshalb ist es geboten, die Handlungsfähigkeit der Städte zu verbessern. Nötig sind zum Beispiel mehr Investitionen in die Infrastruktur sowie eine weitere und dauerhafte Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben. Das macht der Deutsche Städtetag in seinen Forderungen an den neuen Bundestag und eine neue Bundesregierung deutlich, die er bei einer Pressekonferenz am 27. Oktober in Berlin vorstellte.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: „Deutschland ist ein Land der Städte, die Mehrheit der Menschen lebt hier. Die Städte prägen Gegenwart und Zukunft der Menschen. Das fängt bei der städtischen Infrastruktur an und reicht über Bildung, Mobilität, Verkehr und Soziales bis hin zu den Fragen von Wohnen, Integration und Klimaschutz. Die Lebensqualität in den Städten ist mitentscheidend für die politische Stabilität in unserem Land. Damit wir unseren vielfältigen Aufgaben für die Menschen vor Ort besser gerecht werden können, brauchen wir zusätzliche Unterstützung von Bund und Ländern. Deshalb appellieren wir an die Parteien, die derzeit auf Bundesebene Sondierungsgespräche führen, auch die Bedeutung der Städte im Blick zu haben und die Kommunen weiter zu stärken.“

Mehr Investitionen ermöglichen – Altschulden von Kommunen anpacken

Als zentrale Punkte aus dem Forderungspapier des Städtetages nannte Präsidentin Lohse:

- Die Städte brauchen mehr Mittel für Investitionen. Der kommunale Sanierungs- und Modernisierungsbedarf beträgt laut KfW aktuell 126 Milliarden Euro. Investitionen in kommunale Infrastruktur müssen dauerhaft und langfristig planbar verbessert

(Fortsetzung auf Seite 2)

werden und nicht nur punktuell mit befristeten Förderprogrammen. Dafür sollte der Bund die Einnahmen der Kommunen stärken, als Weg dafür bietet sich ein höherer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer an – 2017 erhalten die Gemeinden voraussichtlich 2,7 Prozent des Umsatzsteueraufkommens.

- Die Städte brauchen weitere Entlastungen bei den Sozialausgaben. Diese steigen jährlich um rund 2 Milliarden Euro und liegen aktuell bei 62 Milliarden Euro. Über Jahre hinweg übertrugen Bund und Länder den Kommunen immer neue Aufgaben im Sozialbereich oder erweiterten bereits bestehende. Inzwischen hat der Bund sich finanziell verstärkt engagiert, aber das reicht nicht für eine dauerhafte Entlastung. Die Städte fordern daher, dass der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II auf mehr als 50 Prozent erhöht. Dieser Weg hilft gerade den Kommunen, die mit Sozialausgaben besonders belastet sind.
- Die Integration der zu uns geflohenen Menschen muss früh beginnen, in Kitas, Schulen, Integrationskursen und vor allem in den Arbeitsmarkt. Die Bundesmittel für die Jobcenter müssen deutlich erhöht werden. Damit die Kommunen ihre Integrationsaufgaben erfüllen können, ist es unerlässlich, dass der Bund über 2018 hinaus die fluchtbedingten Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II trägt. Auch eine Integrationspauschale des Bundes ist weiter nötig – ein angemessener Teil muss aber auch bei den Kommunen ankommen und darf nicht bei den Ländern hängenbleiben. Asylbewerber ohne Bleibeperspektive dürfen nicht auf die Kommunen verteilt werden. Anreize für eine freiwillige Ausreise gilt es weiter zu stärken, vollziehbar Ausreisepflichtige müssen aus den Einrichtungen der Länder zurückgeführt werden.
- Die immens hohen Altschulden in einem Teil der Kommunen stellen ein Risiko dar, das in den betroffenen Haushalten kaum beherrschbar ist. Diese Städte sind nicht in der Lage, das Altschuldenproblem aus eigener Kraft zu lösen, das vor allem aus Strukturkrisen resultiert. Der Deutsche Städtetag fordert daher, dass der Bund zusammen mit den jeweiligen Ländern in der neuen Legislaturperiode die Lösung des Altschuldenproblems angeht.

Zu den Altschulden sagte Lohse: „Die Lösung der Altschuldenproblematik darf nicht vertagt werden. Steigende Zinsen können in Kommunen mit Kassenkrediten in Höhe von mehreren Tausend Euro je Einwohner den Haushalt schwer belasten. Deshalb sollten zunächst Maßnahmen getroffen werden, um das Zinsrisiko zu verringern. In einem zweiten Schritt geht es dann um Wege, die Altschulden auf ein akzeptables Maß zurückzuführen. Hohe Altschulden sind keinesfalls vorrangig das Ergebnis eigener kommunaler Entscheidungen, sondern vor allem eine Folge von Strukturschwäche, Strukturwandel und Globalisierung. Daher sollten diese Städte Unterstützung erhalten. Dabei ist klar, dass Entschuldungshilfen mit Konsolidierungsaufgaben verbunden sein werden.“

Mobilität der Zukunft

Für die Mobilität der Zukunft fordern die Städte, die Verkehrspolitik neu zu denken. Dazu sollte der Bund den Verkehr in den Städten stärker in den Blick nehmen und so auch den Klimaschutz verbessern. Das machte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, deutlich: „Städtischer Verkehr der Zukunft ist stark vernetzt: Busse und Bahnen im Stadt- und im Regionalverkehr müssen klug verknüpft werden mit dem Straßen-, dem Radverkehr und den Fußgängern. Für diesen Wandel sollte der Bund die Städte weiter unterstützen bei Elektromobilität, Carsharing und Radverkehr, aber auch Pläne für mehr Mobilität zu Fuß entwickeln. Vor allem aber muss der ÖPNV als Rückgrat des städtischen Verkehrs deutlich stärker gefördert werden. Bund und Länder müssen die Mittel für die Gemeindeverkehrsfinanzierung erhöhen. Vom Bund erwarten wir, dass er die Summe für städtische Großprojekte von derzeit 330 Millionen Euro deutlich aufstockt und dass er sich dauerhaft im ÖPNV engagiert.“

Zur Diskussion um die Luftreinhaltung in den Städten betonte Maly: Die Städte wollen die Gesundheit der Menschen schützen und Fahrverbote vermeiden. Ganz zentral sei allerdings die Nachrüstung der Diesel-Pkw. Die Ergebnisse an den Messstellen müssten zeigen, ob dadurch die Stickoxidwerte schnell genug sinken oder zusätzlich zum Software-Update eine Hardware-Nachrüstung nötig werde, so Maly.

Mit Blick auf den zugesagten Fonds für nachhaltige Mobilität von 1 Milliarde Euro forderte er: „Noch in diesem Jahr sollten besonders betroffene Städte umsetzungsreife Projekte zur Luftreinhaltung starten können. Dazu ist rasch eine Förderrichtlinie des Bundes nötig. Zudem sollten Städte Vorhaben schon vor dem Förderbescheid beginnen können.“ Außerdem fordert der Deutsche Städtetag weiter eine Blaue Plakette, damit die Städte eventuell von den Gerichten verhängte Fahrverbote praktikabel handhaben können.

Sozialen Wohnungsbau durch den Bund unterstützen

Mit Blick auf den Wohnungsmangel in vielen Groß- und Universitätsstädten verlangen die Städte vom

Bund eine langfristige und ressortübergreifend angelegte Wohnungspolitik.

„Der Bund muss den sozialen Wohnungsbau auch über das Jahr 2019 hinaus mitverantworten und finanziell fördern. Er darf diese Aufgabe nicht allein den Ländern überlassen. Daneben braucht es finanzielle Anreize für den Bau bezahlbarer, frei finanzierter Wohnungen, etwa über Investitionszulagen oder ein Baukindergeld. Und weil in vielen Städten Bauflächen fehlen oder zu teuer sind, muss die Baulandpolitik gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden, der Bund muss seine Grundstücke zu günstigen Preisen an die Kommunen abgeben. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen sollte eine neue Bundesregierung fortführen“, so Maly.

Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung – Broschüre erschienen

Deutschland ist ein Land der Städte. Die Städte sind Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, von Teilhabe und Identifikation. Die Lebensqualität in den Städten ist mitentscheidend für politische Stabilität und sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat zehn zentrale Erwartungen und Forderungen an den neuen Bundestag und eine neue Bundesregierung formuliert sowie ein umfassendes Papier beschlossen. Gemeinsam mit dem Bund möchte sich der Deutsche Städtetag für starke und lebenswerte Städte einsetzen. Die Broschüre ist in der Reihe Beiträge zur Stadtpolitik, Band 110, erschienen und im Bereich Publikationen abrufbar unter www.staedtetag.de.

Zehn zentrale Forderungen an Bundestag und Bundesregierung – kurz zusammengefasst:

Städtische Einnahmen sichern und Investitionen ermöglichen: Um in allen Bereichen der kommunalen Infrastruktur mehr investieren zu können, benötigen die Städte mehr Geld. Sie schlagen vor, dass der Bund dazu den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer anhebt.

Gute Bildung in den Städten – Kooperationsverbot aufheben: Das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik sollte vollständig aufgehoben werden. Bildung hat gesamtstaatliche Bedeutung und muss durch Bund, Länder und Kommunen gemeinsam weiterentwickelt werden. Bundesmittel sind etwa für die digitale Ausstattung der Schulen und beim Ausbau von Ganztagschulen nötig. Der Digitalpakt mit vom Bund angekündigten 5 Milliarden Euro für Schulen sollte umgesetzt werden.

Familiengerechte Städte – Ausbau der Kindertagesbetreuung: Der Bedarf bei der Kindertagesbetreuung steigt weiter. Der Bund sollte sich deshalb nicht nur an den Investitionskosten, sondern auch an den Betriebskosten dauerhaft beteiligen und mit den Ländern die zusätzlichen Kosten für eine bessere Qualität tragen.

Sozialausgaben – Entlastung statt neuer Belastung: Der Bund muss die Kommunen weiter von Sozialausgaben entlasten und sollte dafür seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II (SGB II) erhöhen. Nötig ist zudem ein verlässlicher Schutz der Städte vor nicht gegenfinanzierten sozialen Leistungen. Bereits beschlossene Leistungen müssen seriös evaluiert werden und sind von Bund und Ländern vollständig auszugleichen.

Altschulden – Städte nicht alleine lassen: Hohe Altschulden sind ein kaum beherrschbares Risiko, dessen Lösung Bund und Länder angehen müssen. Betroffene Städte sind meist strukturschwach und können das Altschuldenproblem nicht aus eigener Kraft lösen.

Integration vorantreiben – Aufnahme- und Anerkennungsverfahren effektiver machen: Die Städte wollen, dass Bleibeberechtigte rasch und wirkungsvoll in Integrationsmaßnahmen vermittelt werden. Sie plädieren für deutlich mehr Bundesmittel für die Jobcenter, die Übernahme der fluchtbedingten Kosten der Unterkunft im SGB II über das Jahr 2018 hinaus, eine Integrationspauschale des Bundes auch nach 2018 sowie schnellere und effektivere Aufnahmeverfahren, Anreize für freiwillige Ausreisen und Rückführungen aus Landeseinrichtungen.

Digitalisierung – Städte gestalten Veränderungen: Die Städte halten eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur auf Gigabit-Niveau für nötig. Das in der Digitalen Agenda vom Bund definierte Ziel, bis 2018 überall 50 Mbit/s zu erreichen, kann nur ein Zwischenschritt sein.

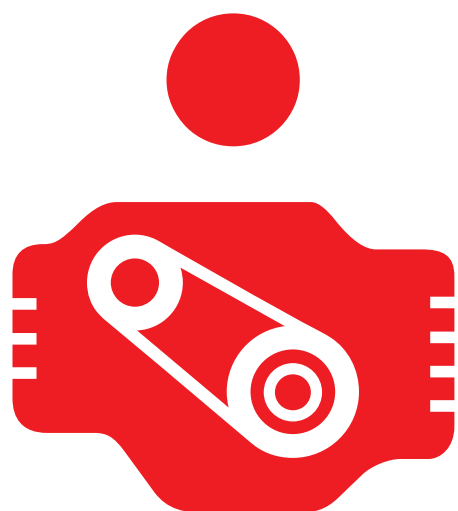
Mobile Städte – Verkehrspolitik neu denken: Damit der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zu einem vernetzten Verkehrsangebot von Bus und Bahn mit anderen Verkehrsmitteln werden kann, muss auch der Bund den ÖPNV stärker unterstützen.

Klimaschutz verstärken – saubere Luft in den Städten: Verbindliche Zielvorgaben zu Luftschadstoffen sind einzuhalten und Emissionen aus dem Verkehr, der Industrie und dem Gebäudebereich müssen reduziert werden. Vereinbarungen des Nationalen Forums Diesel sind rasch umzusetzen, weitere Schritte müssen folgen. Die Städte fordern die Blaue Plakette, um eventuell gerichtlich verhängte Fahrverbote in der Praxis handhaben zu können.

Stadtentwicklung und Wohnen – Engagement des Bundes fortsetzen: Gefordert werden eine langfristige und ressortübergreifend angelegte Wohnungspolitik des Bundes, eine weitere Mitverantwortung beim sozialen Wohnungsbau über 2019 hinaus, finanzielle Anreize für den Bau bezahlbarer, frei finanzierter Wohnungen, verlässliche Mittel bei der Städtebauförderung und – für eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung – eine aktive, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik.



Brummen ist einfach.



[sparkasse.de](https://www.sparkasse.de)

Weil die Sparkassen und
die Landesbanken den
Motor unserer Wirtschaft
am Laufen halten.

Mittelstandsfinanzierer Nr. 1

Wenn's um Geld geht



Finanzgruppe

Ludwigsburg wird „digital“ – eine Stadt auf dem Weg zur Smart City

Von Werner Spec

Virtuelle Büros, Onlineshops oder MP3 statt Schallplatte – die Digitalisierung ist einer der tief greifendsten gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse unserer Zeit und sie ist noch lange nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Wir leisten in Ludwigsburg derzeit Pionierarbeit bei der Erforschung und Implementierung digitaler Lösungen in allen Bereichen der Stadtentwicklung.

Bürgerinnen und Bürger sowie ansässige Unternehmen und Institutionen werden in die nachhaltigen Entwicklungsprozesse einbezogen und profitieren von grundlegenden Innovationen. Parkplätze online reservieren, „Sitzbänke“ mit W-LAN, intelligente Straßenbeleuchtung, frische Luft in öffentlichen Gebäuden oder ein Empfangsroboter im Bürgerbüro: Die konkreten Einsatzmöglichkeiten digitaler Anwendungen sind vielseitig und überraschend.

Nachhaltig in die Zukunft

Ob demografischer Wandel, technischer Fortschritt, Integration von Flüchtlingen oder Klimaveränderung: Die beschleunigte Entwicklung städtischer Lebensräume und die Bewältigung besonderer Herausforderungen sind zentrale Aufgaben für die Kommune der Zukunft. Vor allem in Ludwigsburg begegnen wir diesem Wandel sehr offensiv und testen viele Möglichkeiten und Lösungen, die durch die Digitalisierung entstehen: Unter dem Motto „Digitalisierung, Beteiligung und Stadt“ ist Ludwigsburg eine von 20 ausgewählten Kommunen Deutschlands, die aus dem Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hervorgeht und gefördert wird. Dabei steht weniger die technische Machbarkeit im Vordergrund, sondern vor allem die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtraum – zum Wohl und Nutzen der 93.000 Bürger und der ansässigen Unternehmen.

Auf dieser Grundlage einer nachhaltigen Stadtentwicklung und mit der Einrichtung des gleichnamigen Referats im Jahr 2008 wollen wir die Schritte von der

Pilotstadt zur Smart City auf eine strukturierte Basis stellen, um Ludwigsburg unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten nachhaltig in die Zukunft zu führen.

Einzigartiges System für Abläufe in der Verwaltung

Für unser Konzept der nachhaltigen Stadtentwicklung mit integrierter Bürgerbeteiligung haben wir im Jahr 2014 den Deutschen Nachhaltigkeitspreis bekommen. Dazu gehören auch Strukturen übergreifender Zusammenarbeit und IT-Tools, wie KSIS, ein für die Stadtverwaltung Ludwigsburg neu entwickeltes „Kommunales Steuerungs- und Informationssystem“. KSIS dient nicht nur als Unterstützung der Abläufe in der Verwaltung: Die Inhalte des Ludwigsburger Stadtentwicklungskonzepts werden mit diesem neuen System auch interaktiv für alle einsehbar. Sie bieten Partizipation direkt im Internet und sind in dieser Form in Deutschland ein einzigartiges Instrument zur Steuerung der städtischen Projekte. Wesentliches Ziel von KSIS ist,



Ludwigsburgs Oberbürgermeister Werner Spec (zweiter von rechts) mit Baden-Württembergs Digitalisierungsminister Thomas Strobl bei der Übergabe der Urkunde über den höchsten Fördermittelbetrag des Programms
Foto: Innenministerium Baden-Württemberg

für einen umfassenden Überblick und eine maximale Transparenz zu sorgen. Damit unterscheiden wir uns national und international von den meisten anderen Städten. Das hat sich zuletzt auch auf der Konferenz Habitat III der Vereinten Nationen in Quito im vergangenen Jahr gezeigt.

Pilotprojekte entstehen im Living LaB

Um Digitalisierung für alle Beteiligten erlebbar zu machen, haben wir 2015 das Innovationsnetzwerk Living LaB Ludwigsburg gegründet. Das Living LaB ist dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung zugeordnet, in dem die Stadt Ludwigsburg mit Partnern aus Wirtschaft, Industrie und Forschungseinrichtungen in bislang einzigartiger Weise zusammen arbeitet. Was das „Ludwigsburger Labor“ so besonders macht: Hier entstehen Impulse für innovative Technologien, die vor Ort unter realen Bedingungen im Stadtraum erprobt werden können. Die Schwerpunktthemen der Living LaB-Pilotprojekte sind Energie und Klimaanpassung, IT und Datenmanagement, Mobilität und Architektur.

Höchste Landesfördersumme für Ludwigsburg

Erst kürzlich haben wir im Rahmen der Ausschreibung „Städte und Gemeinden 4.0 – Future Communities“ Fördergelder der Landesregierung für drei konkrete Digitalisierungsprojekte des Living LaB erhalten. Wir freuen uns sehr, dass wir die höchste Fördersumme bekommen haben. Das zeigt, dass wir in Ludwigsburg auf dem richtigen Weg sind. Wir werden weiter an vielfältigen Themen unserer Digitalen Agenda für die Stadt arbeiten. Dabei ist es uns besonders wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und ihrer Tatkraft einzubinden, aber auch mit ihren Ängsten und Sorgen.

Digitalisierung direkt erlebbar

Mit dem Förderprojekt, „Testfeld Parken 4.0“, soll neuartige Technologie durchgängige Prozesse im Parkraummanagement schaffen und so verfügbaren Parkraum effektiver organisieren. Durch Parken in zweiter oder dritter Reihe entstehen gerade im Innen-

stadtbereich oft gefährliche Situationen für alle Verkehrsteilnehmer bzw. werden Angebote vor Ort wegen mangelndem Parkraum gar nicht erst genutzt. Parken soll deshalb für Bürger, Einzelhandel, Institutionen und Dienstleister nicht mehr als Ärgernis, sondern als nahtloses Erlebnis wahrgenommen werden. Auch bei Großveranstaltungen sind frühzeitige Informationen über freien Parkraum sowie Hinweise auf Ausweichmöglichkeiten oder Nutzung des ÖPNV hilfreich.

Das zweite vielversprechende Testfeld ist der Stadtraum 4.0@LB, ein urbaner Experimentierraum und ein Schaufenster zur Demonstration und Erprobung von smarten Lösungen. In diesem Testfeld entsteht durch intelligent genutzte Digitalisierung gesellschaftlicher Mehrwert und öffentlicher Raum wird aufgewertet. Beispielsweise durch intelligente Stadtmöbel: Die „Parkbank von morgen“ lädt nicht nur zum Verweilen ein, sie kann gleichzeitig die Luftqualität messen und bietet Zusatznutzen wie W-LAN oder einen Notruf an. Auch für andere Kommunen ist Stadtraum 4.0@LB interessant, da alle Projektdaten in der Smart City Cloud gesammelt und ausgewertet werden und später in einen Leitfaden einfließen, mit dem Experimentierräume in ganz Deutschland aufgebaut werden können.



Die Stadt Ludwigsburg will einen Service-Roboter testen, der im Bürgerbüro hilft
Foto: MetraLabs GmbH

Als drittes Förderprojekt werden im Bürgerbüro neue technische Lösungen bestehende Prozesse optimieren und Mitarbeiter entlasten, indem beispielsweise ein Service-Roboter wartende Besucher selbständig begrüßt, zum entsprechenden Schalter oder Büro begleitet und sogar die Erstaufnahme von Flüchtlingen einleiten kann. Für Ludwigsburgs Bürgerinnen

und Bürger wird auf diese Weise der Nutzen von innovativen Ideen, Produkten und Dienstleistungen direkt erlebbar.

Werner Spec
Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

Kleine Partner – große Wirkung: Kommunale Partnerschaften mit Griechenland und der Ukraine

Von Hans-Joachim Fuchtel

Kommunale Partnerschaften werden zu einem immer wichtigeren Bestandteil internationaler Beziehungen. Städte und Gemeinden sind die Orte, in denen die Menschen Antworten auf Herausforderungen des Alltags erwarten: Wie komme ich an Strom und Energie, wer entsorgt den Müll, wie komme ich am besten von A nach B? Deutsche Städte und Gemeinden verfügen über ein hoch entwickeltes Wissen in der kommunalen Daseinsvorsorge. Mit einem gezielten Know-how-Transfer können sie ihre internationalen Partnerkommunen wirkungsvoll unterstützen. Auf Initiative des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Hans-Joachim Fuchtel, zugleich Beauftragter der Bundeskanzlerin für die Deutsch-Griechische Versammlung (DGV), wurde die Partnerschaftsarbeit mit Griechenland und der Ukraine maßgeblich ausgebaut. Sie zeigt beispielhaft, wie ein kommunaler Wissenstransfer gelingt.

Kommunale Partnerschaftsarbeit am Beispiel Griechenland

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der frühere griechische Ministerpräsident Giorgios Papandreou haben frühzeitig erkannt, welches Potenzial in der kommunalen Zusammenarbeit steckt. Im Jahr 2010 haben sie vereinbart, den kommunalen und zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern zu fördern.

Der partnerschaftliche Ansatz hat sich bewährt. Die DGV ist ein Netzwerk, das deutsche und griechische Kommunen auf allen Ebenen des kommunalen Lebens miteinander verbindet. Es geht nicht um formale Partnerschaften, sondern um eine themenbezogene Zusammenarbeit. Im Vordergrund stehen Infrastrukturfragen wie Abfallwirtschaft, Wasserversorgung, Tourismus, Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, Energieeffizienz, Versorgung von Flüchtlingen und der Erfahrungsaustausch der Verwaltungen. Dieser Ansatz macht Kooperationen interessant. Mittlerweile haben

sich über 50 gut funktionierende Partnerschaften zwischen deutschen und griechischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen etabliert.

Beispiele der kommunalen deutsch-griechischen Zusammenarbeit

- Serres hat gemeinsam mit Achern/Ortenau die Abfallwirtschaft weiterentwickelt. So wurden ein Wertstoffhof eingerichtet und im letzten Jahr 390 Hausmüll-Container angeschafft.
- Die Partnerstädte Drama und Lauf an der Pegnitz tauschen sich regelmäßig aus, unter anderem zu Fragen der Flüchtlingsversorgung. Für die im Raum Drama lebenden Rückkehrer hat die DGV gemeinsam mit der Stadt und der Region ein Informationsbüro eröffnet.
- In Kavala, der Partnerstadt von Nürnberg, hat der Pilgertourismus durch die Aufnahme der nahegelegenen antiken Stadt Philippi in das Weltkulturerbe neue Impulse erhalten.
- Auf der Insel Thassos wird aus dem Kreis Reutlingen die Aufforstung nach den verheerenden Waldbränden unterstützt. Durch die Zusammenarbeit bei der Umrüstung der Straßenbeleuchtung werden Energieeinsparungen bis zu 60 Prozent erzielt.
- Eine neue Bank in Thessaloniki macht dem Mittelstand Mut und stärkt die lokale Wirtschaft.
- In Alexandroupoli entstehen Gewächshäuser. Dadurch werden circa 350 Arbeitsplätze geschaffen.

Diese Projekte wären ohne die Vermittlung der DGV nicht möglich. Deutsche und griechische Bürgermeister, Landräte und Gouverneure, aber auch Vertreter der Wirtschaft und Zivilgesellschaft treffen sich jährlich zum mehrtägigen Austausch. Die nächste, siebte Konferenz wird von 9. bis 11. November 2017 in Sindelfingen stattfinden. An der letzten Konferenz nahmen über 500 Akteure teil. Ein schöner Erfolg: Die DGV ist ein fester Bestandteil der bilateralen

deutsch-griechischen Beziehungen. Die kommunale Zusammenarbeit ist ohne den vertrauensvollen und freundschaftlichen Austausch zwischen den Bürgermeistern nicht denkbar. Sie stärkt den sozialen Zusammenhalt in Europa. Das in Griechenland Erarbeitete wird inzwischen – in leichter Abwandlung – auch in der Ukraine genutzt.

Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine

Die Ukraine steht wirtschaftlich und politisch vor riesigen Herausforderungen. Mit Deutschland kann die Ukraine auf einen verlässlichen Partner zählen, der sie auf ihrem Weg in Richtung Frieden, Europa und nachhaltiger Entwicklung unterstützt. Ein wichtiges Bindeglied bilden hier die kommunalen Know-how-Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Städten und Gemeinden.

Kleine Partner – große Wirkung

Die aktuell bestehenden 52 deutsch-ukrainischen Partnerschaften orientieren sich zumeist an gleichartigen Problemen, mit denen sie konfrontiert sind, und suchen gemeinsam nach Lösungen. Im Idealfall verfügt einer der beiden Partner bereits über Erfahrungswissen, das er seiner Partnerkommune anbieten kann. Häufige Themen sind auch hier Infrastruktur, Energie, Umweltschutz und Bildung. So zeigt die Partnerschaft der sächsischen Stadt Delitzsch mit dem westukrainischen Schowkwa, wie fruchtbar eine themenbezogene Know-how-Partnerschaft sein kann. Die beiden vergleichsweise kleinen Städte setzen sich gemeinsam für eine bessere Energieeffizienz in ihren Kommunen ein und gründeten eine neue Energiepartnerschaft, um den Energieverbrauch für die Wärmeversorgung öffentlicher und privater Gebäude signifikant zu senken.

Das zeigt: Eine global nachhaltige Entwicklung beginnt vor Ort – und mit praktischem Handeln. Kommunen sind dabei wichtige Akteure – sie können vieles von dem ganz konkret umsetzen, was die Weltgemeinschaft sich zum Ziel gesetzt hat: Zur Erreichung des Ziels der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, den Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle zu sichern, ist die Energiepartnerschaft Delitzsch-Schowkwa also auf gutem Weg. Es geht eben nur konkret!

Herausforderung: Dezentralisierung

Die Dezentralisierungsreform ist das A und O aus Sicht der ukrainischen Bürgermeister. Gute Regierungsführung und Bürgerbeteiligung spielen dabei eine wichtige Rolle. Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, Korruption vorzubeugen und Transparenz sowie Serviceorientierung herzustellen. Hier lohnt sich die Zusammenarbeit!

Ziel der Dezentralisierungsreform ist es, die öffentliche Daseinsvorsorge, etwa bei der Grundversorgung mit Strom und Trinkwasser, Grundbildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur zu verbessern. Soll die Reform gelingen, braucht es Bewusstseinsbildung und Perspektivwechsel, weg vom zentralstaatlichen Denken, hin zu mehr Eigenverantwortung und Gestaltungswillen auf Ebene der Kommunen. Da ist es hilfreich zu wissen, dass so etwas geht und die Frage nach dem „Wie“ beantwortet wird. Denn auch in Deutschland haben wir uns vor nicht allzu langer Zeit mit diesen Themen beschäftigt.

Breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Einen solchen Perspektivwechsel vollzieht derzeit die Stadt Lwiw (deutsch Lemberg) im Westen der Ukraine. Bei der Umgestaltung einer großen Straße setzte die Stadtverwaltung vor allem auf Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Sie diskutierte mehrere Planungsvarianten mit Interessengruppen wie Auto- und Radfahrern, Anwohnern und Fußgängern. Die Idee hierzu kam aus Leipzig. Dort hatte die Stadtverwaltung zuvor in ähnlicher Weise die Karl-Liebknecht-Straße, eine stadtbekannte Einkaufs- und Gastronomiezone, erneuert. Öffentlichkeit und Interessengruppen beteiligte sie früh und wiederholt bis zum Bauende. Diese Erfahrungen teilte Leipzig mit ihrer Partnerstadt Lwiw.

Unterstützung der Partnerschaften

Die gesammelten Erfahrungen haben im BMZ ein neues entwicklungspolitisches Programm geschaffen: „Kommunen in der Einen Welt“ bietet Städten, Gemeinden und Verbänden einen „kommunalen Baukasten“ mit Instrumenten und Maßnahmen. Die Engagement Global gGmbH setzt mit ihrer Servicestelle

für Kommunen die Projekte im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um.

Deutsch-ukrainische Partnerschaften können beispielsweise auf ein „Schnellstarterpaket Ukraine“ zurückgreifen, welches eine finanzielle Förderung von Kleinmaßnahmen zum Anschub einer neuen Partnerschaft ermöglicht. Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres wurden bereits 16 solcher Schnellstarterpakete deutschen Kommunen zugesagt, die damit in ihre Partnerschaftsarbeit mit der Ukraine intensivieren wollen.

Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe

Trotz aller institutioneller Unterstützung – es sind die Menschen in der Ukraine und in Deutschland, die mit großem Enthusiasmus und vorbildlichem Einsatz die kommunalen Partnerschaften mit Leben füllen. „Graswurzel-Denken“ bereichert die Zusammenarbeit und die Projekte werden von der Bevölkerung getragen. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich. Dafür gebührt ihnen großer Respekt.

Bei Fragen zur Dezentralisierung oder zur Daseinsvorsorge geht der Know-how-Transfer noch häufiger von West nach Ost. Aber nicht die Richtung des Transfers, sondern der Transfer an sich ist entscheidend dafür, ob Städte und Gemeinden in der Ukraine und in Deutschland sich als Partner auf Augenhöhe begegnen.

Die Ukraine bekennt sich klar zu einem engen Verhältnis zum Westen. Die zahlreichen Teilnehmer an Deutschkursen des Goethe-Instituts sowie im Nürnberger Haus in Charkiw sind Ausdruck dieses Bekenntnisses. Kommunale Partnerschaften festigen gegenseitiges Bewusstsein, Solidarität und Freundschaft. Werte, die für uns Menschen in Europa annähernd so wichtig sind wie Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Rechtsstaatlichkeit.

Hans-Joachim Fuchtel
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Wirtschaftsflächenentwicklung in den Städten: Diskussionspapier des Deutschen Städtetages veröffentlicht

Der Wirtschaftsstandort Stadt wird wesentlich geprägt durch Industrie, Handwerk, Dienstleistungsunternehmen und Wissenschaft. Sie sichern Wachstum und Beschäftigung für die Bevölkerung. Bestehende und ansiedlungsinteressierte Unternehmen brauchen Raum für ihre Entwicklung. Die Verfügbarkeit von Flächen ist daher ein entscheidender Standortfaktor. Es wird allerdings in wachsenden Städten immer schwerer, erweiterungswilligen oder ansiedlungsinteressierten Unternehmen Flächen anzubieten.

Gleichzeitig erfordern die rechtlichen Rahmenbedingungen, Flächen nachhaltig zu entwickeln und verstärkt ökologische und soziale Kriterien zu berücksichtigen. Immer häufiger bestimmen auch die Nähe von Arbeiten und Wohnen, die Attraktivität des Unternehmensstandortes oder das Infrastruktur- und Freizeitangebot die Ansiedlung von Unternehmen. Vor diesem Hintergrund hat die Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages ein Diskussionspapier erarbeitet, das vom Präsidium des Deutschen Städtetages am 12. September 2017 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Das Diskussionspapier zeigt Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsflächenpolitik auf. Es bietet zudem einige erfolgreiche Beispiele aus Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages.

Das Diskussionspapier können Sie in der Rubrik Publikationen, Materialien abrufen unter www.staedtetag.de.



© Andreas Grasser
Bundesweiter Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

SERVICESTELLE ● ● ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

-  **Fairer Handel und Faire Beschaffung**
-  **Global Nachhaltige Kommune**
-  **Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen**
-  **Migration und Entwicklung**



Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Magdeburg: „Stadtexpedition“ als Onlinebeteiligung für Stadtplanung

Das Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt hat eine neue Onlinebeteiligung erfolgreich getestet. Über die Website www.stadtexpedition.de konnten Magdeburgerinnen und Magdeburger anlässlich des Tages der Städtebaubauförderung kreative Ideen und Konzepte zu konkreten Orten im Stadtgebiet aufzeigen, mittels ihrer Kamera oder ihrem Smartphone fotografisch festhalten und mit anderen teilen. Nach dem Upload der Bilder und der genauen Adresseingabe wurden die Bildmotive auf einer Stadtkarte verortet.

Im Ergebnis wurden im einmonatigen Aktionszeitraum 80 Ideen gesammelt, die Rückmeldungen zu Städtebaumaßnahmen, aber auch Ansätze für zukünftige Stadtplanungen geben. Ein Schwerpunkt bei den Vorschlägen lag beim Thema Mobilität.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.stadtexpedition.de.

München: Germany Award for Excellence 2017

Das neue Münchner Stadtviertel „Domagkpark“ auf dem Gelände der ehemaligen Funkkaserne hat den „Germany Award for Excellence 2017“ des Urban Land Instituts gewonnen. Die Jury würdigte das neue Stadtquartier unter anderem als ein herausragendes Beispiel realisierungsorientierter Stadtplanung, in dem öffentliche Belange und überzeugende private Beiträge der Bauherren und verschiedener Nutzergruppen miteinander verschmelzen, insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit und Energieeinsparung sowie durch die Schaffung von Räumen zur sozialen Vernetzung. Besonders die Baugenossenschaften, denen größere Teile des Gebietes zur Entwicklung gegeben wurden, tragen wesentlich zur innovativen Architektur und zu einem breiten Angebot an Wohnkonzepten bei. Das Preisgeld von 10.000 Euro wird gemeinnützigen Organisationen zugute kommen, die sich in dem neuen Quartier engagieren. Weitere Informationen unter <https://ru.muenchen.de>.

Neuausrichtung der Wohnungs- und Baulandpolitik: Positionspapier des Deutschen Städtetages erschienen

Die aktuellen Debatten um Wohnungsnot und steigende Mieten in den Groß- und Universitätsstädten einerseits sowie Landflucht andererseits zeigen, wie eng der Erhalt des sozialen Friedens und der Zusammenhalt von Stadt- und Landgesellschaften mit der erfolgreichen Beantwortung drängender wohnungspolitischer Fragen verbunden sind.

Für Bund, Länder und Kommunen muss es eine dauerhafte wohnungspolitische Zielsetzung bleiben, vor allem bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu sichern. Dies gilt inzwischen auch für Klein- und Mittelstädte außerhalb der Metropolregionen. Notwendig ist eine Neuausrichtung der Wohnungs- und Baulandpolitik. Das vorliegende Positionspapier ist das Ergebnis der Arbeit von Mitgliedern aus fünf Fachkommissionen des Deutschen Städtetages (Wohnungswesen, Baurecht, Liegenschaften, Stadtentwicklungsplanung, Stadtplanung und Städtebau). Es mündet in einem Forderungskatalog an Bund und Länder, spart aber auch die Selbstverpflichtungen der Städte für eine aktive Baulandpolitik, die ergebnisorientierte Anpassung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und den Einsatz der zur Verfügung stehenden bodenrechtlichen Instrumente nicht aus. Der Deutsche Städtetag tritt ein für eine antizyklische, nachhaltige und sozialgerechte Wohnungs- und Baulandpolitik.

Das Positionspapier wurde vom Präsidium des Deutschen Städtetages am 12. September 2017 beschlossen. Sie können es in der Rubrik Publikationen, Materialien abrufen unter www.staedtetag.de.



Kann Ihr Projekt für den Klimaschutz Modell stehen?

Wir machen es möglich.

Mit unserer kommunalen Förderung für investive Klimaschutz-Modellprojekte.



Jetzt informieren und zwischen 1. Januar und 15. April 2018 Förderung beantragen. www.klimaschutz.de/modellprojekte



Mit persönlicher Beratung vom Projektträger Jülich:
(030) 20199 – 35 10



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

Nationaler Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet

Die Mitglieder der Nationalen Plattform „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) haben am 20. Juni den Nationalen Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet, das Bundeskabinett befasste sich am 20. September damit. Der Aktionsplan ist ein zentraler Baustein des deutschen Beitrags zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms. Mit ihm liegt erstmals ein bundesweiter Plan vor, der von Bund, Ländern und Kommunen sowie von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Bildung unterstützt wird. Der Bildungsbereich „Kommunen“ ist für die Städte von besonderer Relevanz. Er enthält zahlreiche konkrete Empfehlungen für Maßnahmen vor Ort. Um die Freiwilligkeit der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans durch die kommunalen Spitzenverbände und Kommunen zu betonen, haben wir bei den Beratungen großen Wert auf eine Präambel gelegt, die die kommunale Selbstverwaltungshoheit betont. Um den Nationalen Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit Leben zu füllen, startet das BMBF die Bewerbungsrunde für Workshops und Kurzvorträge im Rahmen des Nationalen BNE-Kongresses vom 27. bis 28. November 2017 in Berlin. Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.bne-portal.de/>.

Anforderungen an Mitglieder von Aufsichtsorganen – EBA-Leitlinien

Ab dem 30. Juni 2018 sind neue Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) zu Corporate Governance durch die zuständigen Aufsichtsbehörden anzuwenden. Diese neuen Leitlinien wurden am 26. September 2017 veröffentlicht. Die Leitlinien überlassen es den zuständigen Aufsichtsbehörden, eigene Verfahren für Eignungsprüfungen festzulegen. Zur Frage von Interessenkonflikten und der Beurteilung der Situation eines politischen Einflusses legt die EBA dar, dass sie sich der speziellen Situation von Lokalpolitikern bewusst sei. Es wird abgestellt, dass diese Personen nicht frei in ihren Entscheidungen seien, da sie bestimmte Interessen vertreten; gleichwohl könnten sie unabhängige Mitglieder des Aufsichtsorgans sein. Im Hinblick auf mögliche Interessenkonflikte wird gefordert, dass diese vom Institut transparent gemacht und der Umgang damit dokumentiert werde. Neu sei, dass die zuständige Aufsichtsbehörde in solchen Fällen aktiv zu informieren wäre. Weitere Informationen finden Sie im Mitgliederservice unter <http://extranet.staedtetag.de>

Transparenzregister der EU von Kommission, Rat und Parlament

In der Plenumssitzung des Europäischen Parlaments am 14. September 2017 wurde eine Entschließung zur Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen angenommen. Die Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände, Kommunen von der Eintragung ins interinstitutionell geplante Transparenzregister aufgrund ihrer Rolle im demokratischen System zu entbinden, haben Früchte getragen. Es heißt es nun: „[Das Europäische Parlament] ist (...) der Ansicht, dass demokratisch gewählte und kontrollierte staatliche Einrichtungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene und ihre Vertretungen bei den Organen der EU sowie ihre internen Gremien und offiziellen und inoffiziellen Verbände und Dachverbände, die sich ausschließlich aus ihnen zusammensetzen, vom Transparenzregister ausgenommen sein sollen, wenn sie im öffentlichen Interesse agieren, da sie Teil des mehrstufigen Governance-Systems der EU sind.“

Die Europäische Kommission hatte im September 2016 einen Entwurf für ein gemeinsames, verbindliches Transparenzregister für Parlament, Rat und Kommission vorgelegt. Bei Verabschiedung wäre dies das erste Mal, dass alle drei Institutionen der EU sich zu einem gemeinsamen Transparenzregister verpflichteten.

Weitere Informationen finden Sie in den Europa NEWS des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Kommunale Koordinierung von Bildung für Neuzugewanderte verlängert

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat darüber informiert, dass das BMBF-Förderprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ um zwei Jahre verlängert wird. Die Laufzeit des ersten Fördervorhabens wird Ende des 2. Quartals 2018 enden. Rund 320 Kommunen nehmen an dem Programm teil. Die geförderten Kreise und kreisfreien Städte können ab November 2017 einen Verlängerungsantrag stellen. Um die verlässliche Anschlussförderung zu sichern, ist eine Antragsstellung sechs Monate vor Ende der laufenden Förderung sinnvoll.

Details zur Antragsstellung und zum Verfahren finden Sie auf der Webseite des Programms unter www.transferinitiative.de.

Handbuch erschienen: Kommunales Personal- und Organisationsmanagement

Der demografische Wandel macht auch vor den Rathäusern nicht Halt. Für die Kommunalverwaltungen wird es immer schwieriger, geeigneten Nachwuchs auf einem enger werdenden Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu finden. Es gilt, in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft potentielle Bewerberinnen und Bewerber von den Vorteilen einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu überzeugen. Daneben fordert eine im Durchschnitt immer älter werdende Belegschaft neue Antworten auf die damit verbundenen Probleme. Antworten darauf vermag nur ein modernes, umfassend konzipiertes Personalmanagement zu geben, das über die klassische Personalverwaltung im öffentlichen Dienst weit hinausgeht.

Das Handbuch „Kommunales Personal- und Organisationsmanagement“, herausgegeben von Dr. Thomas Böhle, vermittelt Personalverantwortlichen nicht nur das grundlegende Handwerkszeug des alltäglichen Personalgeschäfts, sondern bietet darüber hinaus zukunftsorientierte Handlungsansätze zur Positionierung der Kommunalverwaltung als moderner, attraktiver Arbeitgeber. Dabei werden sowohl grundsätzliche Fragestellungen z. B. zur Aufnahme und Beendigung eines Arbeitsverhältnisses behandelt, als auch Themen wie Employer Branding, Personalcontrolling oder Kompetenzmanagement. Die Umsetzung wird durch zahlreiche Checklisten, Leitfäden und Muster erleichtert.

Das Buch „Kommunales Personal- und Organisationsmanagement“ ist im C. H. Beck Verlag erschienen, ISBN 978-3-406-64860-9, und kostet 149 Euro.

Abwasser-Mustersatzung des Deutschen Städtetages überarbeitet

Der Arbeitskreis Recht der öffentlichen Einrichtungen des Deutschen Städtetages hat die aus dem Jahr 1998 stammende Version der Mustersatzung über die leitungsgebundene Abwasserbeseitigung grundlegend überarbeitet. Sie umfasst beispielsweise die Themen Abwasserbeseitigungspflicht, Anschluss- und Benutzungsregelungen, Anschlusskanäle, Grundstücksentwässerungsanlagen, Einleitungsüberwachung und Schlussbestimmungen.

Diese neue Version einer Leitfassung mit Begründung finden Sie im Mitgliederextranet im Bereich Umwelt unter <http://extranet.staedtetag.de>.

OLYMP – Zukunftspreis Kulturbildung: neue Ausschreibung gestartet

Die Bildungsinitiative „Kinder zum Olymp!“ der Kulturstiftung der Länder schreibt den deutschlandweiten Wettbewerb um die Auszeichnung „DER OLYMP – Zukunftspreis für Kulturbildung“ erneut aus. Ziel des Wettbewerbs ist es, über ganzheitliche Programme und Modelle langfristig Strukturen für kulturelle Bildung zu schaffen. Der Preis ist in zwei Kategorien mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Weitere Nominierte erhalten Auszeichnungen von jeweils 1.000 Euro.

Kulturelle Einrichtungen und Kunstschaaffende sowie allgemeinbildende und berufsbildende Schulen können sich bis zum 15. Dezember 2017 zur Teilnahme am Wettbewerb anmelden auf der Website der Kulturstiftung www.kulturstiftung.de/kinder-zum-olymp/.

Anti-Terrorpaket der EU-Kommission zur Sicherheit öffentlicher Räume

Die Europäische Kommission hat Mitte Oktober im Rahmen des 11. Fortschrittsberichts zur Sicherheitsunion einen Aktionsplan „Zum verbesserten Schutz öffentlicher Räume“ veröffentlicht. Dieser enthält Maßnahmen, die auf europäischer Ebene dazu beitragen sollen, die Anfälligkeit öffentlicher Räume für terroristische Anschläge zu reduzieren.

Zum einen will die Kommission die finanzielle Unterstützung erhöhen, indem sie Mittel für innovative Sicherheitslösungen in den Städten aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) über das Programm „Urban Innovative Actions“ in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro bereitstellt und grenzübergreifende Projekte mit 18,5 Millionen Euro aus dem Fonds für innere Sicherheit fördert. Zum anderen möchte sie mittels Leitfäden für technische Lösungen mit eingebauter Sicherheit („security by design“) und Foren zum Austausch über bewährte Verfahren die lokalen und regionalen Behörden in ihrer Arbeit unterstützen.

Im 11. Fortschrittsbericht wird zudem auf eine Konsultation hingewiesen, die in diesem Zusammenhang eröffnet wurde. Ziel der Konsultation ist es, einen Überblick über die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit in Städten und Lösungsansätze zu erhalten. Die Beantwortung sollte bis zum 15. November 2017 erfolgen. Weitere Informationen unter <https://docs.google.com>.

Kommunen sind attraktive Arbeitgeber. Zeigen und nutzen Sie es.

Das neue Praxis-Handbuch

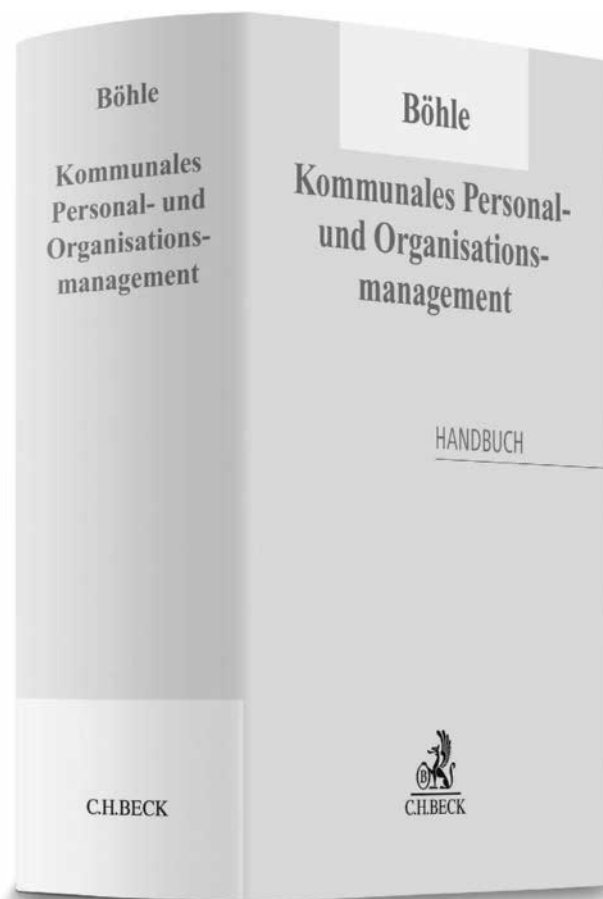
fasst **erstmal**s das komplette Wissen für ein professionelles **Personal- und Organisationsmanagement** zusammen. Das Werk erläutert sämtliche Facetten erfolgreicher Personalwirtschaft und gibt praxistaugliche Antworten auf alle wichtigen Fragen. Zahlreiche **Arbeitshilfen** und **Checklisten** erleichtern die Umsetzung. Das Handbuch zeigt, wie zukunftsorientiertes Personalmanagement in Kommunen aussehen kann, um erfolgreich qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.

Alles drin für Ihren Erfolg

- Personalgewinnung, Marketing und Employer Branding
- Controlling, Kompetenzmanagement und Diversity
- Bildungsmanagement und Personalentwicklung
- Interne Kommunikation und Mitarbeiterbefragungen
- Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Organisationsmanagement und Wissensmanagement
- Stellenbemessung und Stellenbewertung
- Arbeitsbedingungen – mit der neuen Entgeltordnung TVöD
- Dienstaufsicht/Disziplinarrecht und Umgang mit Korruption
- Haftung des Arbeitgebers/Dienstherrn
- Beendigung des Arbeits- oder Dienstverhältnisses

Der Herausgeber

Dr. Thomas Böhle war 18 Jahre in einer der größten Kommunalverwaltungen Deutschlands verantwortlich für die Themen Personal und Organisation, ist Präsident der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände Deutschlands (VKA), Vorsitzender des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern (KAV) und Mitherausgeber des BeckOK TVöD/TV-L.



Böhle
Kommunales Personal- und Organisationsmanagement
2017. LVI, 1624 Seiten.
In Leinen € 149,-
ISBN 978-3-406-68460-9
Neu im August 2017

Mehr Informationen:
www.beck-shop.de/bjkhtn

Neuwahl



Eisenhüttenstadt: Zum neuen Bürgermeister der Stadt Eisenhüttenstadt wurde **Frank Balzer** gewählt. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt im Januar 2018 an. Er folgt auf Dagmar Püschel (Die Linke), die seit 2010 an der Spitze der Stadt steht. Sie ist seit 2016 Mitglied im Präsidium und im

Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Hennigsdorf: **Thomas Günther** (SPD) wurde zum neuen Bürgermeister der Stadt Hennigsdorf gewählt und tritt sein Amt am 3. Februar 2018 an. Er folgt auf Andreas Schulz (SPD), der seit 27 Jahren Bürgermeister von Hennigsdorf ist und nicht mehr zur Wahl antrat.



Koblenz: Neuer Oberbürgermeister der Stadt Koblenz wird **David Langner**. Der Sozialdemokrat ist bisher Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz. Er folgt auf Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

(SPD), der Ende April 2018 aus seinem Amt ausscheidet. Er hat das Spitzenamt seit 2010 inne und trat nicht mehr zur Wahl an.



Ludwigshafen: **Jutta Steinruck** (SPD) tritt im Januar 2018 ihr neues Amt als Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein an. Die bisherige Abgeordnete des Europäischen Parlaments folgt auf die langjährige Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse (CDU), die seit dem Jahr 2002 das

Spitzenamt bekleidet und nicht für eine dritte achtjährige Amtszeit kandidierte. Die Christdemokratin ist seit 2015 Präsidentin des Deutschen Städtetages und seit 2005 Mitglied im Präsidium und im Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes.



Neustadt an der Weinstraße: **Marc Weigel** (Freie Wählergemeinschaft) wurde zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Neustadt an der Weinstraße gewählt. Sein Amt tritt er im Januar 2018 an. Er ist Nachfolger von Hans Georg Löffler (CDU), der sich nicht mehr zu Wahl

stellte. Löffler leitet seit 2002 die Geschicke der Stadt.



Neuwied: Neuer Oberbürgermeister der Stadt Neuwied ist **Jan Einig**. Der Christdemokrat ist der Nachfolger von Nikolaus Roth (SPD), der überraschend Anfang Juli verstarb. Roth stand seit 2000 an der Stadtspitze von Neuwied und war seit 2003 Mitglied im Hauptausschuss

des Deutschen Städtetages.



Nordhausen: **Kai Buchmann** (parteilos) ist neuer Oberbürgermeister der Stadt Nordhausen. Er folgt auf Dr. Klaus Zeh (CDU), der aus gesundheitlichen Gründen im Mai 2017 zurücktrat. Der Christdemokrat stand seit 2012 an der Spitze der Stadt.



Offenbach am Main: **Dr. Felix Schwenke** (SPD) wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Offenbach am Main. Er tritt sein Amt im Januar 2018 an. Schwenke folgt auf Horst Schneider (SPD), der seit 2006 an der Stadtspitze steht und in den Ruhestand geht.



Völklingen: Die SPD-Landtagsabgeordnete **Christiane Blatt** wurde zur neuen Oberbürgermeisterin in Völklingen gewählt. Der bisherige Amtsinhaber Klaus Lorig (CDU) legt sein Amt aus privaten Gründen zum 31. Mai 2018 nieder. Er steht seit 2003 an der Spitze der Stadt. Seit 2004 engagiert er sich

im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Wiederwahl



Duisburg: Sören Link wurde in seinem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg bestätigt. Der Sozialdemokrat steht seit 2012 an der Spitze der Stadt. Seit 2016 ist er Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Finsterwalde: Der Bürgermeister der Stadt Finsterwalde, **Jörg Gampe**, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat hat das höchste Amt der Stadt seit 2010 inne.



Teltow: Thomas Schmidt (SPD) wurde in seinem Bürgermeisteramt in der Stadt Teltow bestätigt. Er leitet bereits seit 2001 die Geschicke der Stadt.



Velten: Ines Hübner (SPD) bleibt Bürgermeisterin von Velten. Die Sozialdemokratin steht seit 2010 an der Spitze der Stadt.

Geburtstage



Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, feiert am 6. November seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2007 die Geschicke der Stadt. Er ist seit 2007 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Der Oberbürgermeister der Stadt Aalen, **Thilo Rentschler**, wird am 9. November 50 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2013 an der Spitze der Stadt Aalen.



Ulrich Scholten, Oberbürgermeister der Stadt Mülheim an der Ruhr, feiert am 18. November seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Stadtspitze.

Todesfall

Dr. Engelbert Münstermann, langjähriger Mitarbeiter des Deutschen Städtetages, ist im Alter von 75 Jahren am 5. Oktober 2017 verstorben. Er war fast 32 Jahre beim Deutschen Städtetag im Dezernat für Finanzen tätig, seit 1982 als Hauptreferent. Dort hat er auch über viele Jahre den Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages mitbetreut und maßgeblich geprägt. In den Ruhestand trat er 2008.

Fotos: Frank Hoffmann; Frank Liebke; Sarall Reuther; Alexander Heimann; privat; Stadt Neuwied; Andreas Hillmann; Stadt Offenbach, Bernd Georg; M. Samsel; Zoltan Leskovar; Stadtverwaltung Finsterwalde; Stadt Teltow; Andreas Tauber; Stadt Mannheim, Werner Bartsch; Hostrup-Fotografie, Thomas Zehnder; Andreas Köhring.

Wir fördern das Gute in NRW.



Sportanlage Nordwalde, umgesetzt mit der individuellen Beratung der NRW.BANK.

Wenn es darum geht, ein komplexes Projekt zum Leben zu erwecken, ist gute Teamarbeit Gold wert. Die NRW.BANK ist Partner rund um alle kommunalen Fragestellungen. Im Sinne einer fachlich versierten Unterstützung beraten unsere Spezialisten unabhängig, individuell und kostenlos. Sprechen auch Sie mit uns über Ihre kommunalen Herausforderungen.

0211 91741-4600

www.nrwbank.de/teamarbeit

Wirtschaft

Kommunale Politik und Wirtschaftsförderung – zwei Seiten einer Medaille?

Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2017
16. bis 17. November 2017 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

Zukunftsforum Energiewende: Bring Deine Energie für den Wandel ein!

Kongress in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik
28. bis 29. November 2017 in Kassel

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Verkehr

Fernmündlich oder per App? Das Personenbeförderungsgesetz zwischen Tradition und Zukunft

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
27. November 2017 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Internationales

Bonn-Symposium: Lokale Partnerschaften. Die Agenda 2030 weltweit gemeinsam umsetzen

Symposium der Stiftung Entwicklung und Frieden, der Servicestelle
Kommunen in der Einen Welt und des Landes Nordrhein-Westfalen
5. bis 6. Dezember 2017 in Bonn

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Integration

Integration von Flüchtlingen in Kommunen

Entwicklungskonferenz der Wübben Stiftung gGmbH
in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
30. November 2017 in Hamburg

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, November 2017

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 022 24/1874-510, Fax: 022 24/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de